

Einigung beim Sondervermögen für die Bundeswehr

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gab Kanzler Olaf Scholz am 27. Februar in einer Sondersitzung des Bundestags eine historische Regierungserklärung ab. Der Einfall Russlands markiere eine historische Zeitenwende, auch für Deutschland. Daher plane die Regierung die Errichtung eines Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro, abgesichert im Grundgesetz.¹ Eine solche Änderung des Grundgesetzes erfordert jedoch eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag – deshalb verhandelten die Regierungsfractionen SPD, Grüne und FDP gemeinsam mit der größten Oppositionsfraction CDU/CSU, wie genau das Sondervermögen ausgestaltet werden soll. Sonntagabend kam es dann zu einer Einigung. Die wichtigsten Konfliktpunkte und Details fasse ich euch nun kurz zusammen.

Die Grünen hatten sich gewünscht, dass die 100 Milliarden Euro unter anderem auch in Cyberabwehr und die Unterstützung von Partnerstaaten fließen würden. Das lehnte die Union hingegen ab.² Der finale Beschluss beinhaltet nun, wie von der Union gefordert, keine Finanzierung durch das Sondervermögen – stattdessen heißt es im geplanten ‚Gesetz zur Finanzierung der Bundeswehr und zur Errichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“: „*Unabhängig vom Sondervermögen* werden zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Maßnahmen zur Cybersicherheit, Zivilschutz sowie zur Ertüchtigung und Stabilisierung von Partnern über den Bundeshaushalt finanziert.“³ Das Geld für die von den Grünen vorgesehenen Vorhaben soll also bereitgestellt werden, allerdings aus dem regulären Haushalt. Die dafür vorgesehenen Beträge sind allerdings noch ungeklärt, was in den Reihen der Grünen für Unmut sorgt.⁴

Der Unionsfraction war es wichtig, dass die Gelder durch die Bundesregierung nicht beliebig ausgegeben werden sollen. Die Regierungsparteien sicherten deshalb zu, bis zum Beschluss des Gesetzes einen Wirtschaftsplan vorzulegen, der die geplanten Beschaffungen auflistet. Der Haushaltsausschuss des Bundestags soll danach die tatsächlichen Ausgaben kontrollieren.⁵

Aus den Reihen der Union war zudem zwischenzeitlich immer wieder die Forderung zu hören, auch die Vereinbarung der NATO-Mitgliedsstaaten, jährlich mindestens 2 Prozent der eigenen Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben zu wollen, im Grundgesetz zu verankern. Die Regierungskoalition lehnte die Verankerung des sogenannten 2-Prozent-Ziels im Grundgesetz ab. Im Gesetzentwurf heißt es nun: „Mit Hilfe des Sondervermögens werden im *mehrjährigen Durchschnitt* von maximal fünf Jahren zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Basis der aktuellen Regierungsprognose für Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien bereitgestellt.“ Eine Festlegung auf jährlich 2

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>

² <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeswehr-sondervermoegen-einigung-103.html>

³ <https://augengeradeaus.net/2022/05/koalition-und-union-einigen-sich-auf-bedingungen-fuers-100-mrd-paket-fuer-die-bundeswehr-neufassung/comment-page-2/>

⁴ <https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-gruene-schaefer-finanzierung-von-cybersicherheit-nicht-geklaert/28386368.html>

⁵ <https://taz.de/Beschluss-ueber-Bundeswehr-Sondervermoegen/!5854949/>

Prozent im Grundgesetz wird es also nicht geben. Auch die Erfüllung des Ziels nach 2027 bleibt offen.⁶

CDU-Parteichef signalisierte Zufriedenheit mit der Einigung und zog die einstige Drohung, nur so viele Stimmen bereitzustellen, dass die Regierungsfractionen ohne Abweichler das Gesetz über die Bühne bringen müssten, zurück.⁴ Auch die FDP präsentiert sich zufrieden – bei Teilen der SPD und Grünen sieht das noch anders aus. So lehnen die Vorsitzenden beider Parteijugenden das Gesetzesvorhaben ab.⁷ Juso-Vorsitzende Jessica Rosenthal schrieb in einem Gastkommentar für den Spiegel: „Ich bin nicht bereit, für ein Sondervermögen Bundeswehr am Grundgesetz herumzudoktern, obwohl der Fehler an ganz anderer Stelle liegt. Ich bin nicht bereit, einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, weil der Mut für eine echte Reform unserer Haushaltspolitik fehlt.“⁸

⁶ <https://www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-sonderhaushalt-und-eu-gipfel-interview-rolf-muetzenich-spd-dlf-224344c2-100.html>

⁷ <https://www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-gruene-jugend-kritisiert-einigung-zu-bundeswehr-sondervermoegen/28385124.html>

⁸ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jessica-rosenthal-ein-sondervermoegen-allein-fuer-die-bundeswehr-greift-viel-zu-kurz-a-4ff27e6a-b393-441d-aefa-a212c2a9584b>